

26. März 2026

SP-Winkler: Starke Gemeinden brauchen faire Finanzierung – KDZ-Bericht bestätigt wachsenden Druck auf Gemeinden

Der aktuelle Bericht des KDZ (Zentrum für Verwaltungsforschung) bestätigt die Einschätzung des SP-Landesparteivorsitzenden Martin Winkler: Die finanzielle Belastung der Gemeinden steigt strukturell, besonders in Oberösterreich. Die Anpassung der Gemeindefinanzierung sei somit das Gebot der Stunde.

„Unsere Gemeinden leisten enorm viel für Lebensqualität, Zusammenhalt und wirtschaftliche Entwicklung. Gleichzeitig wachsen ihre Aufgaben schneller als ihre finanziellen Spielräume. Das zeigt klar: Wir brauchen eine nachhaltige und stabile Verbesserung der Gemeindefinanzierung“, so Winkler. Laut KDZ stiegen die Ausgaben der Gemeinden in Österreich zwischen 2004 und 2024 deutlich stärker als die Einnahmen. Die Schere zwischen dem, was Gemeinden leisten, und dem, was ihnen bleibt, geht immer weiter auseinander.

Die kleinteilige österreichische Gemeindestruktur mit durchschnittlich rund 4.300 Einwohnerinnen und Einwohnern pro Gemeinde führt dazu, dass viele Gemeinden große Aufgaben mit begrenzten finanziellen Mitteln bewältigen müssen. Zusätzlich leisten die Gemeinden hohe Beiträge an das Land – etwa für Krankenanstalten, Sozialhilfeverbände (SHV) sowie über die Landesumlage. Diese Umlagen entziehen den Gemeinden wichtige Mittel für Investitionen vor Ort. Oberösterreich liegt hier über dem Bundesschnitt – eine Anpassung würde die Gemeinden um rund 200 Mio. Euro jährlich entlasten.

Winkler: Weniger Geld, mehr Aufgaben – Gemeinden müssen immer mehr stemmen

Für Winkler ist klar: „Wenn Gemeinden immer höhere Beiträge an das Land leisten müssen, fehlt dieses Geld für Kinderbetreuung sowie regionale Wirtschaft, Infrastruktur und Entwicklung. Das spüren die Menschen im Ort Tag für Tag. Diese Schieflage muss endlich dringend korrigiert werden.“ Der Bericht zeigt auch, dass Aufgaben und Finanzierung besser aufeinander abgestimmt werden müssen. Für Winkler ist klar: „Gerade wegen der vielen kleinen Gemeinden braucht es gute Rahmenbedingungen für verstärkte ortsübergreifende Kooperationen, etwa bei Verwaltung, Kinderbetreuung oder sozialen Dienstleistungen. Zusammenarbeit stärkt die Leistungsfähigkeit der Orte und sorgt dafür, dass Entscheidungen weiterhin nahe bei den Menschen getroffen werden können.“

„Der finanzielle Spielraum der Gemeinden muss den tatsächlichen Aufgaben entsprechen, Planungssicherheit schaffen und Investitionen ermöglichen. Unsere Städte und Gemeinden sind zentrale Partner für regionale Entwicklung, Infrastruktur und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Dafür brauchen sie eine verlässlich starke finanzielle Grundlage“, betont Winkler.

Rückfragen: Sabrina Weiermair, 0676/427 3847, sabrina.weiermair@spoe.at